

ERGEBNISPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Frauen, Arbeit und Wirtschaft

22.04.2026 um 17.30 Uhr

Sitzungsort: Klinikum Bremen-Ost, Züricher Str. 40, 28325 Bremen

Sitzungsbeginn: 17.30 Uhr Sitzungsende: 19.30 Uhr

Teilnehmer: innen:

Angelika Fischer
Marna Folke
Christine Haase
Andrea Schönfelder
Wolfgang Schäfer
Herr Ulrich Schlüter

(Vertr. für Herr Christian Venneman,
Ausschusssprecher)
(Sitzungsleitung/Protokollführer)

Entschuldigt:

Christian Vennemann
Prof. Dr. med. Duning (KBO)

Unentschuldigt:

Dr. Jan Restat
Antonius Wagner

Gäste / Beirat:

Johannes Irmer
Hans-Georg Güse (Freundeskreis des KBO)
Ria Pleister (Beirat und Freundeskreis des KBO)
Renate von Essen (Freundeskreis des KBO)
Dr. Bernhard Rochell (KVHB)
Eva Stahl (Gesundheitsamt)

Zu Beginn teilt U. Schlüter mit, dass Herr Sandtvos und Herr Rohdenburg kurzfristig erkrankt sind. Der TOP 5 entfällt daher. Fragen können an die beiden Herren des KBOs nachgereicht werden.

Die weitere Tagesordnung wurde wie folgt einstimmig beschlossen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2026
2. Wünsche, Anregungen und Bürgeranträge (in Bezug auf die Themenbereiche Gesundheit, Frauen, Arbeit und Wirtschaft)
3. Vorstellung Hitzeaktionsplan für das Land Bremen (angefragt Dr. Julie King und bereits zugesagt Eva Stahl vom Gesundheitsamt Bremen)
4. Vorstellung des Konzeptes „Startup/BHV“ (evtl. auch für Bremen?) und Erläuterung der Praxisvergaben in Bremen, wie ist die Bewerbungslage für den Stadtteil Osterholz? (angefragt Kassenärztliche Vereinigung Bremen)

5. Kurzer Bericht vom Klinikum Bremen-Ost (angefragt Herr Sandtvos, geschäftsführender Krankenhausdirektor vom KBO)
6. Vorstellung und Bericht durch den Verein Freunde des Klinikums Bremen-Ost und deren aktuellen Themen (angefragt Freunde des KBO)
7. Themenabsprache für die nächste Sitzung und Sitzungsort
8. Mitteilungen des Ortsamtes
9. Verschiedenes

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2026

Das Protokoll vom 21.01.2026 wurde einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Wünsche, Anregungen und Bürgeranträge (in Bezug auf die Themenbereiche Gesundheit, Frauen, Arbeit und Wirtschaft)

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu TOP 3: Vorstellung Hitzeaktionsplan für das Land Bremen (angefragt Dr. Julie King und bereits zugesagt Eva Stahl vom Gesundheitsamt Bremen)

Frau Stahl entschuldigt Dr. Julie King, da sie ihre Teilnahme kurzfristig absagen musste.

Frau Stahl wird die Präsentation zum Hitzeaktionsplan zum Protokoll nachreichen. Deckblatt (Anlage 1) wird den Mitgliedern des Ausschusses überreicht. Der Hitzeaktionsplan, den viele Städte in Deutschland bereits haben, wurde in Bremen im Jahr 2024 beschlossen. Seit Januar 2026 gibt es zwei Stellen im Gesundheitsamt Bremen. Aufgabe ist es Maßnahmen des Hitzeaktionsplans nach außen in die Gesellschaft zu tragen. Es sollen speziell die Risikogruppen über Maßnahmen informiert werden. Hierzu zählt auch, dass über die Medien über besonders warme Tage informiert wird. Möglich ist auch, dass Maßnahmen überprüft werden und ein Monitoring stattfindet. Zu den Risikogruppen zählen Menschen ab 65, Schwangere, Kinder und Menschen, die in der Hitze arbeiten. Wichtig ist, dass Maßnahmen in einfacher Sprache vermittelt werden. Es soll „kühle Orte“ Karten inkl. Öffnungszeiten geben, wo Menschen erfahren können, dass z.B. Bibliotheken und Parks kühle Orte im Sommer sein können. Trinkwasserbrunnen sollen eingezeichnet sein. Eva Stahl verweist auf den sogenannten „Hitze-Knigge“ des Bundesministeriums. Am 11.06. ist der Tag des Hitzeaktionsplanes. Der Hitzeaktionsplan ist nicht für Kommunen vorgeschrieben. Mit Hamburg und Berlin ist das Gesundheitsamt in Kontakt. Es wird auf die Präsentation verwiesen. (Anlage 2)

U. Schlüter fragt, ob bei Neubauten die Belange des Hitzeschusses auch schon berücksichtigt werden. Frau Schönfelder beantwortet die Frage insofern, als das Gesundheitsamt Abteilung Umwelthygiene im Rahmen der Bauleitplanung diese Prüfung bereits vornimmt.

Zu TOP 4: Vorstellung des Konzeptes „Startup/BHV“ (evtl. auch für Bremen?) und Erläuterung der Praxisvergaben in Bremen, wie ist die Bewerbungslage für den Stadtteil Osterholz? (angefragt Kassenärztliche Vereinigung Bremen)

Dr. Bernhard Rochell stellt die Präsentation (Anlage3) dem Ortsamt für das Protokoll zur Verfügung. Er stellt dar, dass insbesondere in Bremerhaven durch den Weggang von Hausärzten und Fachärzten für Kinder- und Jugendpsychiatrie eine starke Unterversorgung drohte. Es sind Zulassung zurückgegangen.

Um eine ambulante Versorgung zu gewährleisten, ist die Kassenärztliche Vereinigung neue Wege gegangen und hat gemeinsam mit den Krankenkassen ein Konzept für „Startup / BHV“ entwickelt. Dort ist ein eigenes Praxisangebot in der Bürgermeister-Smidt-Str. aufgebaut worden. Durch Zuschüsse der Krankenkassen in Höhe von 360.000 € und der Kassenärztlichen Vereinigung in Höhe von 607.000 € wird eine ärztliche Versorgung mit einer Kinderärztin und einer Hausärztin zum 01.08. oder 01.09. angestrebt. Die Verhandlungen sind in der Schlussphase. Es wird die Problematik dargestellt, dass die jüngeren Hochschulabsolventen als Ärztinnen und Ärzte häufig nicht mehr das Risiko der Selbstständigkeit eingehen wollen.

Um die Versorgung in BHV sicherzustellen, ist dieses neue Modell entwickelt worden. Weiterhin gibt es sozusagen eine Halteprämie für Ärzte, die eine Praxis übernehmen wollen und mindestens drei Jahre in BHV bleiben wollen.

Das Modell aus BHV ist nicht auf Bremen übertragbar. Die Stadt Bremen hat insgesamt keine Unterversorgung. Es gibt keine Anrechnung der Ärzte und Fachärzte auf Stadtebene, sondern nur für die gesamte Stadt Bremen. An einer Überversorgung von Ärztesitzen spricht man, wenn 110 % überschritten sind. Wenn dies der Fall ist, werden keine neuen Zulassungen erteilt. Von einer Unterversorgung spricht man, wenn 75 % in der Kinderärztlichen Versorgung unterschritten ist. Bei Fachärzten liegt der Prozentsatz unterhalb von 50 %. Daher ist erklärbar, dass durch die vielen Arztstühle z.B. in Schwachhausen Bremen keine Unterversorgung hat. Dies hilft aber nicht der Bevölkerung in Gröpelingen oder Osterholz, da dort eine Versorgung von Ärzten in verschiedenen Bereichen fehlt. Frau Schönfelder erläutert die reale Unterversorgung im Stadtteil Osterholz durch das Fehlen von Facharztpraxen (HNO, Dermatologie, Endokrinologie, Rheumatologie als Beispiele) und dass die Betroffenen in der Regel nicht so mobil sind, dass sie lange Anfahrtswege innerhalb der Stadt oder auch nach Hamburg oder Oldenburg in Kauf nehmen können. Aufgrund der vielen Kinder und auch vielen Pflegebedürftigen und chronisch Erkrankten ist der Bedarf anders als in manchen anderen Stadtteilen. Sie stellt auch die Frage, warum Termine bei Dermatologen beispielsweise nur für Selbstzahler und kosmetische Eingriffe kurzfristig verfügbar sind. Herr Dr. Rochell verweist darauf, dass die KVHB da keinen Einfluss darauf nehmen könne.

Eine weitere Erklärung zur Zulassung der Arztstühle ist, dass diese durch den Zulassungsausschuss einer eigenen Behörde beschlossen werden. Im Zulassungsausschuss sitzen paritätisch die Krankenkassen und die KV. Tatsächlich gibt es in Osterholz eine Unterversorgung von Hausärzten. Insgesamt gibt es 19 Hausärzte in Osterholz. Das ist eine Versorgung von 83 %.

Es wird erwähnt, dass die fehlende Hochschulausbildung für Mediziner negativ auf den Standort und die Arztstühle auswirken. Andere Städte, die die Ausbildung haben, können feststellen, dass die Absolventen im Umkreis bleiben.

Der Ausschuss bedankt sich bei Dr. Rochell für die Darstellung.

Zu TOP 5: Kurzer Bericht vom Klinikum Bremen-Ost (angefragt Herr Sandtvos, geschäftsführender Krankenhausdirektor vom KBO)

TOP 5 ist entfallen.

Zu TOP 6: Vorstellung und Bericht durch den Verein Freunde des Klinikums Bremen-Ost und deren aktuellen Themen (angefragt Freunde des KBO)

Zu Beginn hat U. Schlüter darum gebeten, die Darstellung verkürzt vorzunehmen, da von Seiten des Klinikums weder der Direktor noch der Betriebsrat anwesend ist.

Dr. Güse erläutert, dass der Freundeskreis seit ca. 2004/2006 mit dem ehemaligen Senator Brückner gegründet wurde. Weitere Persönlichkeiten waren Vorsitzende. Er selber war

Krankenhausarzt und Berater für Krankenhäuser und Chefarzt in einem gemeinnützigen KH. Er sieht eine Krise der Krankenhauslandschaft und speziell auch das KBO in den vergangenen 20 Jahren. Aus dieser Krise sei das KBO noch nicht heraus. Begründet wird dies vom Freundeskreis damit, dass durch die Verlegung einzelner Abteilungen in andere Krankenhäuser das KBO geschwächt sei. Insbesondere durch Verluste in der Somatik und diese würden nicht durch die Psychiatrie und Forensik ausgeglichen. Kritisch sieht er für den Bestand des KBO den Umstand von insgesamt 11 Masterplänen. U.a. auch den aus 2014, wo es architektonische Vorschläge gab, dass Haupthaus bis auf zwei Stockwerke abzureißen. Allerdings gelten diese Pläne nicht nur für den Standort KBO, sondern auch für Bremen-Nord. Würde diese tatsächliche Realität, so wäre es ein Investitionsvolumen bei der GENO von über einer Milliarde Euro. Daher sieht er mittel- und langfristig die Strategie der GENO bei der Verschmelzung des KBM mit dem KBO.

Positiv wird von den Freunden die letztjährige Beiratssitzung angesehen, da diese durch die Fragen des Beirates und die Teilnahme der Gesundheitssenatorin und der GENO-Chefin wichtige Antworten geliefert wurden. In der letzten Woche wurde der Bestand der Stoke Unit am KBO gesichert, da eine Zertifizierung stattfinden wird.

Fragen wie z.B. was wird aus der Neurologie bleiben offen. Der Freundeskreis sieht weiterhin Aufgaben zur Begleitung des KBO. Es ist z.B. wichtig die Stoke Unit Abteilung zu erweitern. Weiterhin gebe es noch das Thema Neubau oder Erweiterung der Forensik.

Zu TOP 7: Themenabsprache für die nächste Sitzung und Sitzungsort

Sitzungsort wird noch nicht benannt.

Termine: Vorschlag vom Ortsamt 25.08. und 10.11.26. Der 10.11. wird abgestimmt. Am 25.08. können drei Ausschussmitglieder nicht, daher ist ein neuer Termin abzustimmen.

Themen: Es soll der Mitarbeiter Herr Kaya der Wirtschaftsförderung Bremen eingeladen werden. Zudem sollen die Vereine Aktiv für Osterholz und Schweizer Viertel Auskunft darüber geben, was sie jeweils mit 25.000 € im Jahr 2026 vom Ressort Wirtschaft planen.

Zu TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die versandten E-Mails.

Zu TOP 9: Verschiedenes

Es werden keine Fragen gestellt.

Bremen, 24.04.2026

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung/Protokollführer)

Andrea Schönfelder
(stellv. Ausschusssprecherin)